



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♀: Die Beurlaubung des Grafen Bismarck.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

an, daß mit der zweiten Lesung angenommen wurde? Der schwächste Punct der Gladstoneschen Bill ist unserer Ansicht nach, daß sie nicht — wie Pitt und Grey beabsichtigten — irgend welche Ausstattung der katholischen Kirche Irlands in Aussicht nimmt, sondern das Vermögen der Staatskirche nach Aussterben der jetzigen Interessenten allein an Spitäler und Irrenhäuser geben will. Zwar eine Bezahlung der Priester durch den Staat ist nicht wohl möglich, weil dieselben hartnäckig weigern, eine solche anzunehmen, aber man könnte den Erlös aus der Säkularisation der bischöflichen Kirche für die Errichtung passender Wohnungen der Geistlichen aller drei Confessionen anwenden. Die bischöfliche Geistlichkeit würde ihre gegenwärtigen Kirchen und Wohnungen behalten, die katholischen Priester und presbyterianischen Geistlichen würden allmählig die diäponibel werden Summen für gleiche Zwecke erhalten. Der Herzog von Devonshire hat dies System schon freiwillig aus seiner Tasche auf seinen großen Besitzungen in Irland ausgeführt, das Volk ist dort zufrieden, die Pachten werden pünktlich bezahlt und die Priester sind wohlgefinnt, sie werden durch solche Amtswohnungen an das Kirchspiel und die Obrigkeit gefesselt. Die bisher angekündigten Amendements der Lords Grey und Russell würden einer solchen Lösung den Weg bahnen, und es ist wahrscheinlich, daß, nachdem einmal das Princip entschieden, auch die Conservativen wenigstens so viel als möglich zu retten suchen werden. Eine andere Frage ist es freilich, wie Gladstone diesen Versuch, sein Werk zu verbessern, aufnehmen wird. Lord Derby nannte ihn in der Debatte den herrschsüchtigsten, befehlerischsten und zugleich unbeugsamsten Minister (the most imperious, absolute and al the sune time most erratic minister), der je Englands Geschicke gelenkt, und unleugbar ist er heftig, hartnäckig und eigensinnig. Aber wir hoffen, daß er sich der besseren Einsicht seiner vorurtheilsfreien Freunde fügen wird, denn Lord Russell selbst befürwortet diese Lösung. Kommt sie zu Stande, so ist es das Verdienst des Oberhauses.

---

### Die Beurlaubung des Grafen Bismarck.

Daß Graf Bismarck Urlaub auf eine Reihe von Monaten genommen mit gänzlicher Ablösung von den Geschäften, und daß er die Stellung eines preussischen Ministerpräsidenten aufgegeben, das war das wichtigste Ereigniß der vergangenen Woche, von dem wir wahrscheinlich einen neuen Abschnitt

in der Entwicklung unseres Staates zu datiren haben. Wenn Gegner des Grafen in diesem Schritt nicht viel mehr als einen Act des Trozes sehen, oder gar eine Demonstration, welche seine Unentbehrlichkeit erweisen soll, so thun sie ihm zuverlässig Unrecht. Es ist zweifellos, daß eine große Geist und Leib beherrschende Abspannung und Ermüdung ihn gezwungen hat. Er ist nicht mehr in den Jahren erobernder Jugend, er hat seine geschäftliche Laufbahn nicht in der regelmäßigen Arbeit des Actentischen, sondern zum großen Theil in der Fremde in der bequemeren Thätigkeit eines Diplomaten begonnen, er hat viele Energie seiner Natur im Kampf gegen die preußische Volksvertretung verbraucht, hat in den kritischen Monaten des Jahres 1866 Stimmungen und Kämpfe durchgemacht, welche wohl kein Sterblicher ohne Einbuße seiner Kräfte ertragen kann, und er hat darauf in der Erhebung des Sieges das gewaltige Werk auf sich genommen, aus dem Chaos ein neues Staatsleben zu schaffen. Ist es zu verwundern, daß ihm die Kraft versagt, die er im vorigen Jahr nur unvollständig wiedergewonnen? Wir betrachten mit menschlichem Antheil die Erkrankung, und der Dank, welchen ihm die Nation schuldet, möge, so wünschen wir, ein helles Licht auf die Tage seiner Zurückgezogenheit werfen. Aber es ist auch unmöglich, die Ansicht fern zu halten, daß seine gemüthliche Niedergeschlagenheit durch eine peinliche immer schwerer lastende Empfindung vergrößert worden ist, durch die Empfindung, daß für seine Natur in der Lage, die er sich selbst geschaffen, nicht weiter zu kommen ist. Seine ganze Leitung der Geschäfte war das Umtreiben einer sehr künstlichen Maschine, nur er verstand Stift und Schraube in Arbeit zu erhalten, wenn ihm einmal ein Theil versagte oder wider seinen Willen rotirte, dann mußte der ganze Mechanismus ins Stocken kommen. Schon im Jahr 1867 wurde das deutlich, aber gern beruhigte sich der Deutsche durch die Hoffnung, die neue Verfassung des Bundes sei nur der Anfang für eine consequentere und einfachere Organisation, Grundlage zu energischem Ausbau. Unterdeß sind die Reibungen stärker geworden als der Meister.

Eine amerikanische Zeitung hat vor Kurzem ein Gespräch des Grafen Bismarck mitgetheilt, in welchem derselbe der Majorität des Reichstages die Schuld an dem Mißlingen seiner beabsichtigten Finanzoperationen zugeschrieben haben soll. Dieser Bericht ist ein mißlungener Versuch, die Thatfachen für das Ausland und kommende Geschlechter zu Gunsten des Grafen unrichtig darzustellen. Nicht der Reichstag hat den Bundeskanzler im Stich gelassen, sondern der Bundeskanzler hat dem Reichstage mehr zugemuthet, als die wärmsten Anhänger seiner Politik auf ihr Gewissen nehmen konnten. Wenn die Majorität im Reichstage sich gegen jede der proponirten Steuern

ausgesprochen hat, so war der letzte Grund nicht das Mißbehagen über die heftige, würdelose und nicht durchweg wahrhafte Weise, in welcher die Bedürfnisfrage Preußens vor den Reichstag gezogen wurde, sondern im Hintergrunde lag der Opposition die ernstere Ermägung: durfte der Reichstag unter dem gegenwärtigen System sich dazu benutzen lassen, den preußischen Landtag zu einem Nichts herabzudrücken? Bei dem Balancirspiel der Gewalten, welches der Reichskanzler organisirt hat, wo die Rechte der preußischen Krone durch die des Bundesfeldherrn oder gar der Bundesfürsten neutralisirt, wo Bundestag und Reichstag, Reichstag und Landtag gegen einander gestellt wurden, blieb man doch sehr unsicher über die letzten Ziele des Reichskanzlers. Nur das merkte man deutlich, daß auch ihm, wie den andern Ministern Preußens, mehr am Herzen lag, die Regierung möglichst unabhängig von der Controle durch die Volksvertretung zu führen, als mit Hülfe der Volksvertreter das System in Preußen zu bessern. Und es bestand bei einer sehr lebhaften Anerkennung der großen Eigenschaften, welche die Nation an dem Grafen Bismarck bewundert, zwischen ihm und den ehrlichen Leuten, welche das Gewissen des Volkes darzustellen hatten, kein festes Vertrauen. Ja noch mehr, es wird die Aufgabe der Zukunft sein, die Competenzen des preußischen Landtags in den Reichstag zu verlegen. Vorauszusetzen dafür ist aber ein freieres Selbstregiment der preußischen Kreise und Provinzen und die Möglichkeit einer offenen und legalen Uebertragung der restirenden Landtagsbefugnisse durch großen Paarschub. Was bis jetzt von den Anstrengungen des Bundeskanzlers für eine neue Organisation der preußischen Provinzen verlautete, gab keine Aussicht, daß er die Absicht habe, diese Radikalcur der preußischen Verhältnisse vorzunehmen. So lange aber die Regierung Preußens nicht den Entschluß, die Einsicht und die Wege zeigt, auf denen der preußische Staatsbau mit dem deutschen Staat eins werden kann, ja so lange die Beschaffenheit der neuen Bundesregierung noch zweifelhaft läßt, ob sie Deutschland in einer großen Staatsverwaltung zusammenschließen will, so lange wird gerade die preußisch gesinnte Partei im Reichstage sich hüten müssen, den Organismus des preußischen Staats da zu schädigen, wo die Widerstandskraft des preußischen Volkes gegen mögliche Willkür seiner Regierung vorhanden ist.

Nach der officiellen Mittheilung ist die Absicht des Grafen Bismarck, sich nach seiner Genesung auf die Geschäfte des Bundeskanzlers und des auswärtigen Ministers zurückzuziehen, die inneren preußischen Angelegenheiten gänzlich anderen Händen zu überlassen. Es ist nicht möglich zu begreifen, wie er eine solche Stellung auch nur wochenlang ertragen will. Schon jetzt hat ihn nicht der Widerstand des Reichstages, sondern die In-

subordination seiner preußischen Collegen und die Auffassung bedrängt, daß jeder Minister ein Diener der Krone sei wie der andere, jeder in seinem Ressort, nur die Krone der Chef; und doch war er bis jetzt noch der Vorgesetzte und hatte das Recht, vom Herrn von der Heydt Finanzpläne und vom Grafen Eulenburg Einsicht in die preußische Verwaltung zu verlangen. Jetzt soll die Leitung des preußischen Staatskörpers ganz vom Bunde getrennt und in selbständigem Ministercollegium etablirt werden, das wahrscheinlich aus Fachministern ohne Präsidenten bestehen wird. Bei solcher Lösung wird die Stellung des Bundeskanzlers noch viel schwieriger und von dem guten Willen anderer eifersüchtiger Autoritäten abhängiger, und eine erfolgreiche Wirksamkeit dieser Instanz ruht ganz und gar auf der zufälligen persönlichen Geltung, welche Graf Bismarck mitbringt. Es ist wieder eine sehr künstliche Maschine, nur mit geringerer Druckkraft, die im günstigsten Falle wieder nur von dem einen Manne regiert werden kann und von keinem Nachfolger, denn jeder Andere würde ein abhängiger Diener der preußischen Minister und das erste Opfer ihrer Zwistigkeiten. Offenbar wäre dies eine vollständige Umlegung des Schwerpunkts. Für die definitive Ordnung der deutschen und preußischen Verfassungsverhältnisse erscheint uns solche Maßregel in dem oben angedeuteten Sinne als ein Rückschritt, für den Bundeskanzler aber als der Anfang unvergleichlich größerer Verlegenheiten.

Wir sind der Meinung, daß das Bundeskanzleramt in einer geordneten Zukunft mit dem Ministerium des Innern verbunden sein müßte, in der Zeit nämlich, wo man in Preußen zu der Erkenntniß gekommen sein wird, daß nicht auf den auswärtigen Geschäften, sondern auf der inneren Verwaltung die Kraft und das Ansehen des Staates beruhe. Bis dahin aber ist noch ein weiter Weg zu durchwandern, und die Stationen auf diesem Wege müssen nach unserer Ansicht sein: größeres Selbstregiment der Kreise und Provinzen, Evacuirung des preußischen Landtags durch liberale Ergänzung des Herrenhauses und dadurch mögliche gesetzliche Uebertragung seiner Competenzen theils an die Provinziallandtage, theils an den Reichstag. Der Landtag mag dann fortbestehen für einzelne formelle Acte der Gesetzgebung, bis ihn irgend eine Zukunft als unnöthig beseitigt.

Unterdeß haben die Gegner des norddeutschen Bundes keine Ursache, sich seiner gegenwärtigen Krisis zu freuen. Denn wie unfertig und grillig auch seine Verfassung aussehen mag, der neue Staat war so tiefes Bedürfniß der Nation und ist durch eine Anzahl organisirender Gesetze bereits so fest mit den Interessen von dreißig Millionen verflochten, daß er noch größere Schwierigkeiten zu überwinden vermag, als selbst die Erkrankung des Grafen Bismarck.

♀